

ADF *Wadenbeißer*

Nr. 61 - 24.10.2005

EINE PUBLIKATION DER ARBEITSGEMEINSCHAFT DEMOKRATISCHER FACHSCHAFTSMITGLIEDER (ADF)

Editorial

Hallo, liebe Leser!

Das neue Semester hat begonnen, und erneut strömen schlechte Nachrichten auf die Studierendenschaft ein. Der Uni-Präsident forciert persönlich weitere Kürzungen, das Land macht Ernst mit Studiengebühren und die Einführung der Bachelorstrukturen gerät zum Debakel.

Dies sollte aber niemanden dazu bringen, den Kopf in den Sand zu stecken, denn besser werden kann es immer. In diesem Sinne wünschen wir Euch neben einem erfolgreichen Semesterstart viel Spaß mit der 61. Ausgabe des Wadenbeißers.
Gerhard Riewe

AUS DEM INHALT

Semesterticket-Beiblatt zum Ausschneiden

Seite 3

Studentenwerk: Jetzt wird durchregiert

Seite 4

Bachelor: Probleme im Lehramt

Seite 6

AN DEN UNIS WIRD WEITER GEKÜRZT

Uni-Präsident verdeckt Einnahmen aus Studiengebühren

Unser Uni-Präsident Kurt von Figura hat mit der Unterzeichnung des „Zukunftsvertrages“ mit der niedersächsischen Landesregierung vor zwei Wochen vor der Kürzungspolitik des Landes kapituliert, denn der „Zukunftsvertrag“ sieht weitere reale Kürzungen der Finanzierung unserer Uni vor. So muss die Uni 0,8 Prozentpunkte je Tarifierhöhung ihrer Beschäftigten künftig selbst tragen, es gibt keinerlei Inflationsausgleich und „globale Minderausgaben“ des Wissenschaftsministeriums werden auch auf unsere Uni heruntergebrochen. Zudem hat sich das Land derart allgemeine Ausstiegsklauseln gesichert, dass der „Vertrag“, der ursprünglich die Finanzmittel bis 2010 hätte festschreiben sollen, gar nicht mehr gekündigt zu werden braucht – das Land kann so oder so jederzeit munter weiter kürzen. Hinzu kommt, dass die Einnahmen aus Studiengebühren unserer Uni auch nur solange zur Verfügung stehen sollen, wie es dem Land gefällt. So blieb auch Wissenschaftsminister Stratmann während der vom AStA organisierten Podiumsdiskussion am vergangenen Dienstag nichts anderes übrig, als einzugestehen,

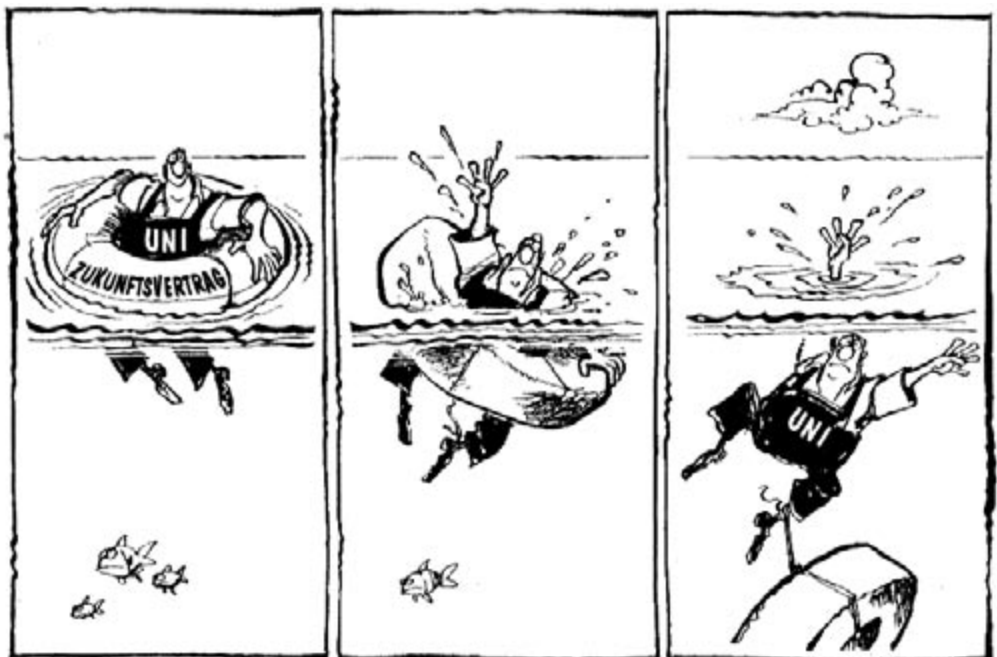
dass man aus Sicht der Studierenden von realen Kürzungen durch den „Zukunftsvertrag“ ausgehen könne. (Siehe Info-Box auf S. 2)

PRÄSIDENT BRICHT VERSPRECHEN

Ohne Not hat von Figura damit sein im Sommersemester vor versammelter Studierendenschaft abgegebenes Versprechen ge-

brochen, er trete nur für Studiengebühren ein, sofern diese bei den Hochschulen verblieben und es keine weitere Kürzungen gebe. Zu Recht hätte er darauf pochen können und sollen, dass den Hochschulen ihre Mittel wirklich garantiert werden. Doch so wird die geplante Einführung von Studiengebühren zum

Nullsummenspiel für die Hochschulen und zum Verlust für uns Studierende – faktisch dürfen wir ab dem Sommersemester 2007 jährlich 1.000 Euro zum Stopfen von Haushaltslöchern blechen, ohne dass sich unsere Studienbedingungen spürbar verbessern werden. Symptomatisch dafür ist,
Forts. auf S. 2



Der Rettungsring, der ein Mühlstein war.

Forts. von S. 1:

dass die Studiengebühren nicht etwa über das Hochschulgesetz eingeführt werden sollen, sondern über das Haushaltsgesetz! Genauso verhält es sich bereits mit den jährlich 150 Euro „Verwaltungskostenbeitrag“ und verhielt es sich mit den Langzeitstudiengebühren, die mitnichten abgeschafft werden (siehe Artikel auf Seite 5)! Überdies stehen laut „Zukunftsvertrag“ 2008 ganze Fakultäten an unserer Uni zur Disposition.

SAME PROCEDURE AS EVERY YEAR

Nun betonen Landesregierung und Uni-Präsident, dass die Hochschulen durch den „Zukunftsvertrag“ privilegiert seien. Doch Stratmann musste letzte Woche ebenfalls eingestehen, dass ein solcher Vertrag dem Haushaltsgesetzgeber überhaupt nichts vorschreiben kann. Außerdem gibt es eine nunmehr schon fünfzehn Jahre alte Geschichte fortwährender Kürzungen an den Hochschulen. So steht der „Zukunftsvertrag“ (2005) ganz in der Tradition von „Hochschulstrukturentwicklungsprogramm“ (1990), „Hochschulstrukturkonzept“ (1994), „Innovationspakt I & II“ (1997 & 2000) und „Hochschuloptimierungskonzept I & II“ (2003 & 2004). Allen diesen ebenso blumigen wie nichtssagenden Euphemismen ist eines gemein: sie sollen den etappenweisen Rückzug des Landes Niedersachsen aus der Ausfinanzierung seiner Hochschulen und unserer Studienplätze kaschieren. Unabhängig von der jeweils regierenden Partei betont der zuständige Wissen-

schaftsminister nach jeder erfolgten Kürzung turnusgemäß: „Es wird keine weiteren Kürzungen geben.“ – nur damit sich das gleiche Spiel nach ein, zwei Jahren wiederholt. Früher waren es Helga Schurchardt und Thomas Oppermann unter den Ministerpräsidenten Gerhard Schröder und Sigmar Gabriel (alle SPD), heute ist es Lutz Stratmann unter Ministerpräsident Christian Wulff (beide CDU). Von einer „Privilegierung“ der Hochschulen kann also keine Rede sein – vielmehr hat das Land Niedersachsen in den letzten Jahren vehement für seine Kompetenzen im Hochschulbereich gestritten. Der beliebte Slogan „Bildung ist Ländersache“ verhilft aber Politikern nicht nur zu mehr Mitsprache, sondern bringt im selben Atemzug die Verantwortung und die Verpflichtung für das Land mit sich, seine Hochschulen und unsere Studienplätze auch zu finanzieren.

SICHERUNG DER FINANZEN NICHT AUF DEM RÜCKEN DER STUDIERENDEN

Was bleibt nun als Perspektive für eine hochschul- und studierendenfreundliche Hochschulpolitik? Zunächst ist ein Vertrag erstrebenswert, der eine wirkliche Sicherung der Finanzierung der Hochschulen nicht auf dem Rücken von uns Studierenden oder den anderen Mitgliedern der Uni beinhaltet und damit seinen Namen auch verdient hätte. Natürlich kann und muss man sich dann auch darüber unterhalten, wie eine sinnvolle Hochschulstruktur in Niedersachsen aussieht. Dazu gehört auch die Frage, ob es mehr oder weniger Hochschulstandorte

Der "Zukunftsvertrag"

In der vorvergangenen Woche haben die Landesregierung und die Hochschulrektoren, darunter der Göttinger Präsident von Figura, den bis 2010 geltenden „Zukunftsvertrag“ unterzeichnet. Die wichtigsten Punkte im Überblick:

REALE MITTELKÜRZUNGEN

Der Hochschuletat wird bis 2010 auf dem Stand von 2005 eingefroren. Nur Gehaltssteigerungen der Mitarbeiter von über 0,8% je Anpassung werden vom Land übernommen. Im Klartext heißt das: Bei jeder Gehaltssteigerung für Professoren und Mitarbeiter, bei jeder Preissteigerung für Bücher, Energie etc. muss die Uni Einsparungen vornehmen.

STUDIENGEBÜHREN

Ab Wintersemester 06/07 müssen alle Erstsemester, ab Sommersemester 07 alle Studierenden 500 Euro je Semester zahlen. Das Geld geht an die Hochschulen,

soweit nicht gesetzlich anders geregelt (Vertragstext).

FACHBEREICHSSCHLIESSUNGEN

Für das Jahr werden weitere „Strukturoptimierungsmaßnahmen“ vereinbart. Dabei soll die „hochschulübergreifende Zusammenarbeit durch Arbeitsteilung“ gestärkt werden. Im Klartext. Kann man Jura auch in Hannover studieren, braucht man in Göttingen keine zweite Fakultät.

VERLÄSSLICHKEIT

Der große Vorteil für die Hochschulen ist die angebliche Planungssicherheit. Die entsprechende Passage im „Vertrag“ ist aber eine Farce. Das Land hat bei jedem „Haushaltsloch“ die Möglichkeit, den Vertrag zu ändern oder zu kündigen. Die Hochschulen haben dazu aber keine Chance, denn „Anpassung oder Kündigung des Vertrages bedürfen der Zustimmung des Niedersächsischen Landtages“.

geben sollte und welche Fächer an welchen Hochschulen angeboten werden. Eine solche Debatte lässt sich aber nicht führen, wenn jegliche „Optimierung“ nur unter dem Kürzungsdiktat des Landes durchgeführt werden kann, und jeder Angst vor der Kürzung seines Arbeits- oder Studienplatzes haben muss, anstatt dass eine für alle Beteiligten gewinnbringende Lösung gefunden wird.

Mit dem Zukunftsvertrag fahren Landesregierung und unser Uni-Präsidium jetzt genau in die entgegengesetzte Richtung mit dem

Ergebnis, dass wir Studierende demnächst Studiengebühren zahlen müssen, uns ggf. verschulden müssen, um die Haushaltslöcher zu stopfen. Wem das nicht passt, muss das auch sagen – denn Studiengebühren sind noch keine beschlossene Sache. Und ihre Erhöhung weit über 1.000 Euro pro Jahr hinaus auch nicht. Auf dem laufenden über entsprechende Veranstaltungen und Aktionen hält euch unser ADF-Newsletter – schickt einfach eine leere Mail an newsletter@wadenbeisser-online.de!

ADF-Quiz: DAS KÜRZUNGSSYNTAGMA 2006

Nach „Hochschulstrukturentwicklungsprogramm“ (1990), „Hochschulstrukturkonzept“ (1994), „Innovationspakt I & II“ (1997 & 2000), „Hochschuloptimierungskonzept I & II“ (2003 & 2004) und „Zukunftsvertrag“ (2005) gehen der Landesregierung langsam die Ideen für die Etikettierung ihrer fortwährenden Kürzungen im Hochschulbereich aus. Derzeit geht es im Wissenschaftsministerium hoch her, weil man sich noch nicht darauf einigen konnte, mit welchem Wort man die 2006 anstehenden Kürzungen kaschieren will. Es ist also nicht sicher, ob es sich um eine „Innovationssicherungsoffensive“ oder doch eher um ein „Exzellenzoptimierungsprogramm“ handeln wird – gefragt sind Eure Ideen. Wer

Vages Determinans	+ Irrelevantes Fugenelement (k.w. – kann wegfallen)	+ Inhaltsleerer Determinant	+ Nichtssagender Zusatz
Hochschul-	--	-konzept	I
Zukunfts-	-entwicklungs-	-vertrag	II
Innovations-	-optimierungs-	-pakt	A
Exzellenz-	-sicherungs-	-programm	B
Studienbeitrags-	-stärkungs-	-initiative	2006
Qualitäts-	-steigerungs-	-offensive	2010
Struktur-	-verbesserungs-	-agenda	21
Cluster-	-bildungs-	-maßnahmen	für Niedersachsen

das originellste Kürzungswort, zusammengesetzt aus einem vagen Determinans, optional einem irrelevanten Fugenelement, und einem inhaltsleeren Determinant versehen mit einem nichtssagenden Zusatz an quiz@wadenbeisser-online.de einsendet, gewinnt das Quizgewinnpaket!

Unbegrenzt Regionalzug fahren: Semesterticket macht's möglich

Erweitertes Streckennetz und neue Härtefallregelung

Während der letzten Uniwahlen fand eine Urabstimmung zur Fortführung des Semestertickets zu leicht veränderten Konditionen statt: Es ging um die Zustimmung zu einem Ticket, das neben bisher zugehörigen Strecken neue Abschnitte – Walkenried/Nordhausen, Eichenberg/Leinefelde, Eichenberg/Bad Hersfeld – ab diesem Wintersemester zur Benutzung freistellt. An der Abstimmung über das Ticket nahmen fast 38 % der Studierenden teil – gut 67 % entschieden sich dafür. Neben neuen Streckenabschnitten erhöhte sich der Preis des Tickets von 44,70 € auf 47,72 €.

Das Ticket ist nun für alle Studierenden der Universität verpflichtend eingeführt bis zum 30. September 2006. Eine erneute Urabstimmung im Januar 2006 wird über ein überarbeitetes Angebot der Bahn entscheiden. Die Verhandlungen der Studierendenvertretung mit der DB laufen bereits seit längerem.

STRECKENNETZ

Das Semesterticket berechtigt zur Benutzung aller Nahverkehrszüge der DB Regio in Niedersachsen. Außerhalb von Niedersachsen gilt das Ticket auf den auf dem nebenstehenden Beiblatt abgedruckten Strecken, welches im Übrigen immer mitgeführt werden muss! Innerhalb Niedersachsens sind die Strecken der Nordwestbahn (Osnabrück über Oldenburg und Wilhelmshaven/Esens und von Osnabrück/Vechta/Bremen) ausgenommen. Auf der Strecke Delmenhorst/Oldenburg können nur die Züge der Deutschen Bahn genutzt werden, nicht die der Nordwestbahn. Auch die Züge der Eurobahn (Löhne/Hamel/ Hildesheim/Bodenburg) sind nicht eingeschlossen!

Ab Dezember 2005 wird die metronom (deren Strecken Hamburg/Uelzen und Hamburg/Bremen schon jetzt eingeschlossen sind) zwischen Göttingen und Uelzen verkehren. Diese Züge sind im Semesterticket dann ein-

bezogen. Fernverkehrszüge wie IC oder ICE sind generell nicht vom Semesterticket gedeckt. Es muss deshalb ein ganz normales Ticket erworben werden.

AUSNAHMEREGLUNGEN

Durch die Urabstimmung im vergangenen Januar sind alle Studierenden zum Kauf des Tickets verpflichtet. Nur aufgrund einer Behinderung kann man sich befreien lassen, wenn man ohnehin schon Anspruch auf kostenfreie Benutzung vom ÖPNV hat. Anträge auf Befreiung gibt es im AStA-Sozialreferat.

Ab diesem Wintersemester gilt außerdem: Studierende, die an einer weiteren Hochschule in Niedersachsen eingeschrieben sind und Doktoranden in einem Doppelpromotionsabkommen können auf Antrag auf das Semesterticket verzichten. Beurlaubte Studierende erhalten grundsätzlich kein Semesterticket. Bei der Verlängerung der Chipkarte wird der Aufdruck „Semesterticket“ gelöscht, wenn man in dem Semester, für das die Chipkarte verlängert wird, beurlaubt ist. Hier sollte man erst kurz vor Ende des laufenden Semesters die Chipkarte verlängern lassen, um das Ticket solange wie nötig benutzen zu können.

HÄRTEFALLREGELUNG

In seiner letzten Sitzung verabschiedete das Göttinger Studierendenparlament die neue „LeMSHO“: die Ordnung über Leistungen zur Milderung durch das Semesterticket verursachter finanzieller Härten. Die neue Härtefallregelung gilt (unter Haushaltsvorbehalt) nun unbegrenzt. Diese gibt Studierenden die Möglichkeit, auf Antrag die Kosten für das Ticket erstatten zu lassen. Anträge auf Erstattung gibt es im AStA-Sozialreferat. Der Termin für die Einreichung

des Antrags ist in diesem Semester der 30. November. Chancen auf Rückerstattung hat man jedoch nur, wenn man pro Monat weniger als den Bafög-Höchstsatz zur Verfügung hat. Umstände wie chronische Erkrankungen, Schwangerschaft oder die Kosten für eine studentische Krankenversicherung können als Sondertatbestand geltend gemacht werden und mit maximal 40 € pro Monat auf die Höchstgrenze angerechnet werden. Pro Kind erhöht sich der Freibetrag um bis zu weitere 435 €. Nachweise hierfür sind natürlich erforderlich!

RADMITNAHME

Will man sein Fahrrad im Regionalzug mitnehmen, so muss man ein Fahrradticket erwerben. Dies kostet 3 € und ist den ganzen Tag

lang gültig und nicht nur auf der Strecke, die man u.U. beim Erwerb des Tickets angeben musste.

IM FALLE DES FALLES ...

Sollte man vergessen haben, seine Chipkarte zu verlängern oder das Beiblatt und/oder Chipkarte nicht dabei haben, fährt man offiziell schwarz. In dieser Situation sollte man sich durch Perso oder Reisepass ausweisen. Dann bekommt man die Rechnung über das „erhöhte Beförderungsentgelt“ zugestellt und hat die Möglichkeit, innerhalb von 14 Tagen Einspruch einzulegen. Das Schreiben und die gültige Chipkarte kann man z.B. am Serviceschalter der Bahn im Hauptbahnhof Göttingen vorlegen. Dann wird die Schwarzfahrergebühr auf eine Bearbeitungsgebühr von 7 € reduziert.



GEORG-AUGUST-UNIVERSITÄT
GÖTTINGEN



Beiblatt für das Semesterticket Niedersachsen/Bremen
gültig vom 01.10.2005 bis 30.09.2006

Der Studierendenausweis gilt zur Fahrt in der 2. Klasse auf nachfolgenden Strecken bzw. Streckenabschnitten in den Zügen der DB Regio AG (IRE, RE, RB, S-Bahn Hannover) und der metronom Eisenbahngesellschaft mbH (ME).

Nicht gültig, wenn Start und Ziel der einzelnen Fahrt im HVV- Großbereich Hamburg liegen. Die Benutzung von ICE, EC, IC, D, ARZ, Messezügen und Zügen der S-Bahn Hamburg GmbH sowie der eurobahn, NWB (NordWestBahn) und EIB (Erfurter Industriebahn) ist ausgeschlossen.

Strecke, Streckenabschnitt von	über	bis	Nummer(n) der Kursbuchstrecke(n)
Norddeich		Rheine (Westf)	395
Weener		Leer (Ostfr)	397
Leer (Ostfr)	Bremen	Hannover	390/380
Nordenham		Bremen Hbf	391
Bad Bentheim	Osnabrück	Hannover Hbf	375
Natrup – Hagen	Bremen	Hannover Hbf	385/120
Minden (Westf)		Nienburg (Weser)	124
Hamburg Harburg	Cuxhaven	Bremen Hbf	121/125
Buchholz	Soiltau	Hannover Hbf	123
Bremen Hbf	Soiltau	Uelzen	116
Bremen Hbf		Bremen-Vegesack	125
Uelzen		Schnega	304
Uelzen	Gifhorn	Braunschweig	115
Haste	Weetzen	Hannover Hbf	363
Bad Pyrmont	Hannover	Hannover Flughafen	363
Löhne (Westf)	Hannover	Helmstedt	370/310
Lehrte		Wolfsburg	300
Hamburg Hbf	Hannover	Göttingen	110/350
Echem		Lüneburg	145
Lüneburg		Dannenberg Ost	112
Celle	Lehrte	Hildesheim Hbf	363/323
Hannover Hbf	Emmerke	Goslar	320
Braunschweig Hbf		Wolfsburg	300
Braunschweig Hbf	Sz-Ringelheim	Holzminde	355
Braunschweig Hbf	Bad Harzburg	Kreiensen	353
Braunschweig Hbf		Sz-Lebenstedt	352
Braunschweig Hbf	Wolfenbüttel	Helmstedt	312
Braunschweig Hbf		Hildesheim	313
Seesen		Herzberg	358
Ottbergen	Northeim	Walkenried	356/357
Ottbergen		Göttingen	356
Göttingen	Eichenberg	Kassel-Wilhelmshöhe	611
Eichenberg		Leinefelde	600
Eichenberg		Bad Hersfeld	613
Walkenried		Nordhausen	590
Kassel-Wilhelmshöhe		Speele	611

Alle einbezogenen Strecken sind auch der umseitigen Streckenkarte zu entnehmen.

Unileitung will jetzt auch im Studentenwerk durchregieren

Am 14. Juli fand im Studentenwerk die Sommersitzung des Stiftungsrates statt. Wie in jedem Jahr, stand dabei der Jahresabschluss im Vordergrund. Hier gibt es durchaus Positives zu vermelden. So konnte das Studentenwerk trotz der massiven Kürzungen der Landesregierung bei der Finanzhilfe durch Ausnutzung aller Einsparungspotentiale die Essenspreise und Beiträge konstant halten. Damit steht unser Studentenwerk im landesweiten Vergleich noch am besten dar. Festzustellen bleibt aber auch, dass bei weiteren Kürzungen der Landeszuschüsse kein Spielraum für weitere Einsparungen bleibt. Als großes Risiko für die Finanzlage des Studentenwerks stellt sich zudem die Einführung allgemeiner Studiengebühren dar. Ein

möglicher Rückgang der Studierendenzahl um 4.000 bis 5.000 müsste wohl durch eine massive Erhöhung des Semesterbeitrages aufgefangen werden.

MAGULL ZUM VORSITZENDEN DES VORSTANDS GEWÄHLT

Auf der Tagesordnung stand außerdem die Wahl eines neuen Vorstandsvorsitzenden, nachdem Professor Ronald Zech, nach 9 Jahren im Amt des Vorsitzenden und 31-jähriger Vorstandstätigkeit insgesamt, in den Ruhestand getreten ist. Schon bei seiner Wahl für den Vorstand wurde Professor Jörg Magull von der Unileitung als designierter Nachfolger nominiert. Die fünf studentischen Stiftungsratsmitglieder waren sich indes einig, ein

expliziter Studiengebührenbefürworter sei nicht tragbar. Ihre Stimmen gehörten Prof. Hans-Martin Müller-Laube, bekennender Gebührengegner. Als langjähriger stellvertretender Vorsitzender der deutlich erfahrenere und qualifiziertere Kandidat. In einer Kampfabstimmung hat sich eine Mehrheit von 7 Mitgliedern bei 5 Gegenstimmen für Herrn Magull entschieden. Dem Unipräsidium ist es damit gelungen, auch die Spitze des Studentenwerkes mit einem Gebührenbefürworter zu besetzen.

Zur großen Überraschung stand ein ungewöhnlicher weiterer Tagesordnungspunkt an. Der Stiftungsrat sollte über eine Kooperationsvereinbarung zwischen Studentenwerk und Universität beraten. Dabei ging es um eine personelle Aufstockung der Psychosozialen Beratungsstelle durch eine zweite volle Stelle, die mittlerweile bereits abgeschlossen wurde. Dem Unipräsidium hat damals aber offensichtlich nicht ge-

fallen, dass der Vorstand des Studentenwerkes eigene Vorstellungen zu einer solchen Kooperation erarbeitet hat und mit entsprechenden Forderungen in die Verhandlungen eingetreten ist. Der hauptamtliche Vizepräsident Markus Hoppe hat dieses in der Stiftungsratssitzung als Blockadehaltung dargestellt. Mit polemischen Argumenten wollte er den Stiftungsrat dazu bewegen, die Entscheidung über die Kooperation an sich zu reißen. Satzungsgemäß fällt eine solche jedoch eindeutig in den alleinigen Kompetenzbereich des Vorstands. Die studentischen Vertreter des Stiftungsrates und des Vorstandes haben sich daraufhin zur Beratung zurückgezogen und konnten durch entschlossenes gemeinsames Auftreten die präsidialen Ermächtigungsbestrebungen abwenden. An diesem Beispiel zeigt sich ein weiteres Mal, mit welcher Selbstherrlichkeit die Unileitung in allen Bereichen der Hochschule die eigenen Vorstellungen durchzudrücken versucht.

Zivilcourage zeigen gegen NPD-Aufmarsch in Göttingen!

Für Samstag, den 29. Oktober 2005, hat die NPD gemeinsam mit militanten Kameradschaften aus dem gesamten Bundesgebiet einen Aufmarsch in Göttingen angekündigt. Um unserer Gegnerschaft zu Rassismus und Ausländerfeindlichkeit Ausdruck zu verleihen hat die ADF gemeinsam mit RCDS und LHG eine Resolution im Studierendenparlament eingebracht, die auf der Sitzung vom 19. 10. ohne Gegenstimme angenommen wurde. In der Resolution heißt es unter anderem:

Wir respektieren das im Grundgesetz verankerte Recht auf freie Meinungsäußerung, sind aber nicht bereit, die demagogische Hetze der NPD

tatenlos hinzunehmen. Strenge Auflagen oder eine Verlegung des Aufmarsches können eine breite gesellschaftliche Ächtung nicht ersetzen. Wir werden nicht zulassen, dass die NPD einfach durch Göttingens Straßen zieht. Wir rufen alle Studierenden auf, gewaltfrei Position zu beziehen und insbesondere unseren ausländischen Kommilitoninnen und Kommilitonen zu zeigen, dass Göttingen eine tolerante und welt-offene Stadt ist, in der sie jederzeit willkommen sind. Auf unseren Straßen ist weder Platz für Ideologien, die Menschen in Nützliche und Nutzlose unterteilen, noch für rassistische und antisemitische Parolen.

Der vollständige Text steht im Internet auf unserer Seite www.wadenbeisser-online.de



- Die Chipkarte ist nur mit dem Aufdruck "Semesterticket" und dem aktuellen Gültigkeitszeitraum als Semesterticket nutzbar.
- Das Semesterticket gilt nicht in den Bussen der GöVB und des VSN.
- Es ist nicht möglich, IC- oder ICE-Züge gegen Zahlung eines Aufpreises zu benutzen.
- Die Benutzung von Straßen-/U-Bahnen und Bussen in den Verkehrsverbänden GVH (Hannover), VBN (Bremen), VRB (Braunschweig) und HVV (Hamburg) ist nicht inbegriffen.

Weitere Informationen unter <http://semesterticket.uni-goettingen.de>

Gebühren für Langzeitstudierende bleiben

Nun ist es offiziell: Die Landesregierung hat ihr Studiengebührenmodell vorgestellt. Ab Wintersemester 2006/07 trifft es die Erstsemester, ab dem darauf folgenden Sommersemester alle Studierenden. Pro Semester werden dann 500 Euro fällig, jeder zahlt also 1.000 Euro jährlich. Einige wenige Ausnahmen von der Gebührenpflicht sind vorgesehen. Wer eigene Kinder unter 14 Jahren oder pflegebedürftige Angehörige betreut, wird befreit.

Bezahlt werden muss prinzipiell bei der jeweiligen Immatrikulation bzw. Rückmeldung. Es ist allerdings möglich, von einem Kooperationspartner des Landes einen Kredit aufzunehmen. Dann würde dieser Partner direkt die Gebühr an die Hochschule überweisen. Die Rückzahlung des Kredits, der nach momentanem Stand mit knapp 6 % jährlich verzinst werden würde, beginnt zwei Jahre nach Abschluss bzw. Abbruch des Studiums. Zurückgezahlt werden muss, wenn das Gehalt dann eine bestimmte Grenze überschreitet. Diese orientiert sich an der schon

heute für das BAFöG bestehenden Grenze zuzüglich 100 Euro. Dies führt dazu, dass der Mindestbeitrag zum Leben nach Rückzahlung von Studiengebühren und BAFöG etwa so hoch ist wie heute.

Diese prinzipiell positive Regelung führt aber wiederum an einer anderen Stelle zu einem Problem. Die nicht von den Kreditnehmern zurückgezählten Kredite müssen über einen Ausfallfonds abgesichert werden. In diesen muss daher ein Teil der Gebühren eingezahlt werden und steht daher in keinem Fall der Universität zur Verfügung. Studierende, die bereits mehr als vier Semester über ihrer Regelstudienzeit sind, werden zusätzlich zu den normalen Gebühren weiterhin Langzeitstudiengebühren bezahlen. Für diese wird es aber keine Möglichkeit geben, einen Kredit aufzunehmen.

Nicht betroffen von der Einführung der Studiengebühren ist auch der „Verwaltungskostenbeitrag“. Über diesen dürfen die Studierenden auch weiterhin 150 Euro jährlich zum Haushalt des Landes Niedersachsen beitragen.



Peter Kloeppe nach 22 Jahren zurück im ZHG 011

Mit dem RTL-Chefredakteur Peter Kloeppe hat in diesem Semester erstmals ein prominenter Absolvent der Universität die neuen Erstsemester begrüßt und damit der bisher eher biedereren Immatrikulationsfeier zu neuem Glanz verholfen. In einem launischen Vortrag berichtete Kloeppe über seinen Weg „vom Ferkelstall ins Fernsehstudio“.

Er berichtete, wie er 1978 oben im Hörsaal saß, „nervös, aber auch voller Neugier auf das, was

da kommt.“

Kloeppe forderte die Erstsemester auf, über den Tellerrand des eigenen Studiums und Lebensentwurfs zu schauen und Risiken nicht zu scheuen.

Im Anschluss an seinen Vortrag erfüllte er geduldig sämtliche Autogrammwünsche. Der Vorstandsvorsitzende des Studentenwerks, Professor Magull, half gerne, den Augenblick mit dem bekannten Kommilitonen mit modernster Technik festzuhalten.

AKTIV SEIN – UNI MITGESTALTEN !

Interesse, die Uni aktiv mitzugestalten? Lust, Leute kennen zu lernen? Dann bist du bei uns genau richtig: Die ADF ist mit über 200 Mitgliedern die größte studentische Interessenvertretung an der Universität Göttingen. Wir engagieren uns in allen wichtigen Gremien und entscheiden über die Belange unserer Uni im Interesse der Studierenden konsequent mit. Mit unserer Zeitung „ADF Wadenbeißer“ informieren wir regelmäßig im Semester über aktuelle hochschulpolitische Themen und Geschehnisse rund um die Universität Göttingen. Und auch sonst gibt's bei uns viel Raum für kreatives, selbständiges Arbeiten: Ob in hochschulpolitischen Projekten, im AstA oder in Kommissionen der Universität.

Also: Mach mit in Göttingens größter hochschulpolitischer Gruppe!

**→ Unsere Info-Abende:
Donnerstag, 27.10.
und Montag, 31.10.,
jeweils ab 18 Uhr im
Oeconomicum, Raum Ü3/Ü5**



Neues Bachelor-Studium

Wie die Universität den Studienstart verkorkst, anstatt Studierende und Fakultäten rechtzeitig einzubeziehen.

EIN AKKREDITIERUNGSVERFAHREN FÜR ALLE

Neue Studienstrukturen wie der Bachelorstudiengang für das Lehramt erfordern auch die Schaffung neuer organisatorischer Strukturen, die strukturell akkreditiert werden müssen – was mit Kosten für die Uni verbunden ist.

Um die Kosten für die Akkreditierung möglichst gering zu halten, wurde die APO erfunden. Es handelt sich hierbei aber nicht etwa um eine wiedergeborene Revolutionstendenz, sondern um die „Allgemeine Prüfungsordnung für die Bachelor- und Masterstudiengänge“. Aber was bringt sie? Oder was will sie?

FAKULTÄTEN NOLENS VOLENS MIT IM BOOT

Sie ist so eine Art Lokomotive für das strukturelle Akkreditierungsverfahren, an das sich dann Studiengänge mit ihren jeweils eigenen Prüfungsordnungen und Modulkatalogen anhängen können – kostenneutral für die Fächer bzw. Fakultäten. Eine große Wahl haben diese dabei nicht – eigene Akkreditierungsverfahren, sozusagen Sonderwege, sind für sie nicht finanzierbar. Die Fakultäten hatten und haben daher einen nicht ganz einfachen Stand bei der Wahrung ihrer Interessen. Das zeigt sich auch auf vielen anderen Baustellen. Nicht nur deshalb haben sich insbesondere die Studierenden ganz entschieden eingemischt.

DER WERDEGANG EINES DOKUMENTS

Dies wiederum war gar nicht so einfach. Die APO geisterte zunächst über ein halbes Jahr lang als „Musterprüfungsordnung“ durch die Abgründe des Geschäftsganges zwischen Studiendekanekonzil und Präsidium, stets resistent gegen jeglichen Wunsch und alles Drängen der Studierenden, in die Tagesordnung der zuständigen Senatskommission Aufnahme zu finden. Als es dann soweit war – und das

Dokument schon Allgemeine Prüfungsordnung hieß – hatten die Studierendenvertreter der ADF so viele Anmerkungen und Änderungswünsche zu machen, dass die Sitzungszeit nicht ausreichte. Sie wurden dabei von Gästen aus dem Studentenwerksvorstand zu Unrecht als Blockierer beschimpft. Tatsächlich hätte zu diesem Zeitpunkt der Sitzung das ganze Dokument mit der Mehrheit der Studierenden gänzlich abgelehnt werden können. In der Fortsetzung der Sitzung waren dann auch die Studiendekane zum Leben erwacht und brachten ihrerseits Verbesserungsvorschläge an. Letztlich schaltete Kurt von Figura, der Uni-Präsident persönlich, sich in das Verfahren ein und vermittelte als Mediator zwischen den streitenden Parteien.

EINVERNEHMLICHE EINIGUNG – INITIATIVE DER STUDIERENDEN

Endlich wurde die APO auch den Fakultäten zur Stellungnahme zugesandt – und der Rücklauf waren viele weitere Anmerkungen. Die Studierendenvertreter erstellten daraus eine neue Version der APO, welche zur Grundlage der weiteren Beratungen wurde. So konnten etwa die Selbstverpflichtung der Universität, durch ihr Lehrangebot die Einhaltbarkeit der Regelstudienzeit sicherzustellen, oder die Ermöglichung von Regelungen zum Teilzeitstudium festgeschrieben werden.

EINE ORDNUNG FASST DIE ALLGEMEINPLÄTZE FÜR ALLE ZUSAMMEN

Das Ergebnis ist eine Ordnung, mit der alle beteiligten Fakultäten und die Studierenden durchaus leben können. Die Studierendenvertreter haben dafür zu sorgen versucht, dass nicht solche Fehler, die in den Ordnungen unser alten Studiengänge längst behoben waren, in einem mit heißer Nadel gestrickten Verfahren zu Lasten der nach uns Kommenden neu begangen werden. Und für viele wird die Arbeit jetzt einfacher,

müssen doch das Modulsystem und die mit ihm zusammenhängenden Besonderheiten, die verschiedenen Prüfungsformen, Bewertungsmaßstäbe, Prüfungsberechtigungen, Durchführungs- und Schutzbestimmungen jetzt nicht mehr in jeder für jedes Fach neu definiert werden, weil es ein Dokument gibt, in dem all dies schon geregelt ist.

EINE ORDNUNG FÜR ALLE – LEHRAMT BEGINNT

Greifen sollen diese Regeln mittelfristig für alle Bachelor- und Masterstudiengänge unserer Universität. Ausnahmen gibt es dabei mit Jura und Medizin, welche die Ausbildung nicht umstellen, nur wenige. Den Anfang aber macht das Lehramt, das nun eigentlich keines mehr ist.

AUFNAHME IN DEN KONSEKUTIVEN MASTER NICHT GARANTIERT

Ersetzt wird es nämlich durch den 2-Fächer-Bachelor der Universität Göttingen, in Klammern: lehramtsbezogenes Profil. Der kaum erkennbare Anteil von Erziehungswissenschaften und die erst spät einsetzende Praxis-Komponente sind aus Sicht der Studierenden weiter kritisch (der Wadenbeißer berichtete, siehe Nr. 59, S. 3): Die Studierenden erhalten keine Gelegenheit, in zumutbarer Frist sich über die Richtigkeit ihrer Berufsentscheidung klar zu werden. Dagegen kommen im anschließenden Master-Studiengang die Fachwissenschaften zu kurz. Wohin aber die Reise geht für diejenigen, welche nach Abschluss eines Bachelor (lehramtsbezogenes Profil) nicht die Aufnahme in den Education-Master erreichen, ist und bleibt ungewiss und ungeklärt.

PRÄSIDIUM VERSCHLÄFT DIE ERFORDERNISSE DER UMSTELLUNG AUF 2-FÄCHER-BACHELOR

Parallel zur APO wurde auch die Prüfungsordnung für den neuen 2-Fach-Bachelorstudiengang diskutiert und beschlossen. Was

nun aber noch fehlt, zu Beginn des Semesters nicht vorlag, sind Modulhandbuch und Studienordnung. Insbesondere Vizepräsident Kree redet sich heraus, es sei ja gar nicht üblich, dass all das zu Beginn eines Studiengangs schon vorliege. Das ist natürlich Unsinn – normalerweise nämlich ist all das Bestandteil der Akkreditierung, die vor Aufnahme des Lehrbetriebs passiert. Insofern lässt sich wohl nur konstatieren: das Präsidium hat den notwendigen Arbeitsaufwand zur Zusammenstellung der Daten völlig falsch eingeschätzt, insbesondere Kree war nicht in der Lage, seine – gute Arbeit leistende, aber im Übrigen personell völlig unterbesetzte Abteilung Lehrentwicklung – schon frühzeitig mit den notwendigen Vorgängen zu betrauen, wodurch immer wieder auch Fehlinformationen entstanden und verbreitet worden sind.

LEIDTRAGENDE SIND UNSERE ERSTSEMESTER

Dumm aus der Wäsche schauen dabei besonders unsere Studienanfänger. Sie haben sich für Göttingen entschieden und sich hier eingeschrieben. In großer Zahl. In einen Studiengang, über dessen Wesen und Erfordernisse sie nahezu nichts wussten, ihnen kaum jemand etwas Konkretes sagen konnte. Insofern war die Entscheidung für das Lehramt in Göttingen zu diesem Zeitpunkt eine mutige – aber vielleicht haben die Einzelnen das auch gar nicht so empfunden, weil es ihnen in Unkenntnis des Normalen wie normal vorkam. In der Tat aber kann man sagen: für die Anfänger ist die Art und Weise, in der die Universitätsleitung ihre Pflichten verschlafen hat, eine wahre und echte Zumutung. Die ADF wird sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, dass so etwas nicht noch einmal vorkommt, und den weiteren Prozess der Umstellung der Studienstrukturen kritisch und kompetent begleiten.

Lehrevaluation ruinös:**Vollevaluation = Testlauf die zweite?!!****Vizepräsident Kree stolpert im Hasenlauf durch einen Dschungel von persönlichen Befindlichkeiten und gesetzlichen Vorgaben**

Das niedersächsische Hochschulgesetz schreibt seit dem 1. Oktober 2002 regelmäßige Bewertungen der Lehre durch die Studierenden vor (Lehrevaluation), welche die Universitäten – so das Gesetz – in einer Ordnung zu regeln haben. (siehe Wadenbeißer Nr. 42 vom 16.12.2002).

Drei Jahre sind vergangen. Wirklich passiert ist seit einiger Zeit erstaunlich wenig. Seit nunmehr zweieinhalb Jahren beschäftigt sich eine Uni-Arbeitsgruppe unter Vorsitz von Vizepräsident Rainer Kree mit der Thematik. Ihr gehören für die ADF auch Ralf Mayrhofer (stud. Senator), Andreas Sorge (AStA-Vorsitzender) und Andre Dorenbusch (AStA-Hochschulreferent) an. Hier einigte man sich bereits im Sommer 2004 auf ein Verfahren zur Online-Evaluation (siehe ausführlich Wadenbeißer Nr. 53 vom 19.04.2004), bei dem die Studierenden sich vermittels einer TAN einloggen und einen standardisierten Fragebogen ausfüllen können.

Es folgte ein erster Testlauf in wenigen Veranstaltungen, welcher zunächst im Sommersemester 2004 stattfinden sollte, wegen technischer Probleme aber auf das Wintersemester 2004/05 verschoben wurde. Er war im Wesentlichen erfolgreich.

Die Arbeitsgruppe beschäftigte sich dann zu Beginn dieses Jahres vordergründig mit Anforderungen an eine Evaluationsordnung, welche Ende April fertig gestellt und zur Ausformulierung an die Rechtsabteilung gegeben wurden mit dem ausdrücklichen Ziel, die fertige Ordnung noch im Sommersemester vom Senat verabschieden zu lassen und eine erste uni-weite Evaluation durchzuführen.

Eine Ordnung gibt es bis heute nicht. Die Arbeitsgruppe wurde dazu auch nicht mehr geladen. Man muss also annehmen, dass das Papier im Geschäftsgang von Präsidium und Rechtsabteilung zunächst unter den Tisch gefallen ist. Eine uni-weite Evaluation hat stattgefunden. Aber unter welchen Umständen?

Die Lehrenden erhielten erstmals im Verlaufe des 24. Juni – das war ein Freitag – eine automatisierte E-Mail, welche sie zur Beteiligung an einer universitätsweiten Studierendenbefragung zwischen dem 26. Juni und 2. Juli aufforderte. Dazu gab es eine TAN-Liste, die selbständig zurecht geschnitten und in den Lehrveranstaltungen verteilt werden sollte. Über Inhalte – etwa die Fragestellungen – wurden die Lehrenden nicht informiert. Die Vorlaufzeit betrug also gerade einmal zwei Tage; eine Mitteilung an die Studierenden, etwa an die Fachschaften oder den AStA, die darüber hätten informieren können, blieb völlig aus. Auch die Studiendekane wurden nicht gesondert in Kenntnis gesetzt. Insofern ist es völlig nachvollziehbar, dass viele sich von vorn herein nicht beteiligt haben.

Hinzu kommt, dass das Präsidium offenbar nicht in der Lage war, kenntlich zu machen, ob es sich um eine sozusagen ‚scharfe‘ Evaluation oder aber nur einen weiteren Testlauf handele. Offenbar

war insbesondere in spärlichen Informationen für Studierende von einem ganz regulären Verfahren die Rede, während gerade im Nachgang Vizepräsident Kree mehrfach den Testlauf-Charakter zu unterstreichen suchte.

So hagelte es denn auch schnell Proteste – zuvorderst von Seiten der Juristischen Fakultät – welcher sich andere anschlossen. Die fehlende Rechtsgrundlage, die mangelhafte Aufklärungsarbeit gegenüber allen Beteiligten wie auch der Schnellschuss-Charakter insgesamt wurden zu Recht heftig moniert.

Im Ergebnis ist zweierlei festzustellen. Zunächst einmal können die Ergebnisse der Befragung, die mit unter 30 % Rücklauf unter den ausgegeben TAN nur spärlich frequentiert wurde, für nichts verwendet werden – sie wurden schließlich ohne Rechtsgrundlage erhoben. Zum zweiten aber ist wieder einmal das Vertrauensverhältnis gestört, insbesondere das der Fakultäten, die sich im Verfahren übergangen fühlen, zum Präsidium. Die Bereitschaft, an zukünftigen Verfahren konstruktiv mitzuwirken, dürfte nicht eben gewachsen sein. Die Vorbehalte waren zuvor schon beträchtlich gewesen.

Gezeigt hat das im Nachhinein zum Testlauf degradierte Verfahren also letztlich nur, dass das System – es heißt EvaSys – unter Volllast noch immer verschiedene Probleme erzeugt.

Als Verantwortlichen für die Misere kann man in diesem Fall wohl nur den Vizepräsidenten Kree identifizieren, der zunächst die langanhaltende Genese einer Evaluationsordnung und dann das überstürzte Verfahren des Sommersemesters zu verantworten hat. Vielleicht spielt ihm auch in diesem Fall das Land wieder in die Hände und er rettet sich über die Zeit. Das nächste NHG – es wird noch in diesem Semester novelliert – wird vermutlich sehr viel niedrigere Anforderungen an Lehrevaluationen stellen.

Ehrendoktor für Ökonom Sen

Die Universität Göttingen hat Prof. Amartya Sen in einer Feierstunde die Ehrendoktorwürde verliehen. Der Inder, der als erster Mensch aus einem Entwicklungsland den Nobelpreis für Ökonomie verliehen bekam, wurde damit für sein Lebenswerk geehrt. Initiiert hatte die Ehrung Prof. Stephan Klasen vom Volkswirtschaftlichen Seminar, dessen Doktorvater Sen war. Sen, der einen Lehrstuhl in Harvard innehat, hat sowohl große Beiträge im Bereich der Wirtschaftswissenschaften wie auch der Philosophie geleistet. So hat er anhand von Hungersnöten in Indien, Bangladesch und afrikanischen Staaten argumentiert, dass diese nicht nur durch einen Mangel an Nahrungsmitteln verursacht werden. Er sieht die Gründe vielmehr durch einen Verlust an ‚Berechtigungen‘, etwa



Bei der Verleihung: Prof. Sen, Prof. Schrupp und Prof. Klasen (von links) durch steigende Nahrungsmittelpreise oder sinkende Einkommen verursacht. Ebenfalls Aufsehen erregend waren seine Berechnungen, dass auf der Welt etwa 100 Millionen Frauen ‚fehlen‘. Dazu ermittelte er für jedes Land der Erde den Frauenanteil, der aufgrund der Altersstruktur der Gesellschaft erwartet würde. Die Gegenüberstellung mit der tatsächlichen Bevölkerungsstruktur brachte dann diese krassen Unterschiede zu Tage. Nach der Verleihung der Doktorurkunde durch den Dekan der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät fesselte Prof. Sen die Zuhörer mit einem Vortrag zum Thema „Perspectives on Economic Development in China and India“.

Am 19. November ist wieder UNIVERSITÄTSBALL

Mitreißende Musik, Showeinlagen und anspruchsvolles Entertainment erwarten die Gäste beim diesjährigen „Ball der Universität“ in der Stadthalle. Los geht es um 20 Uhr.

Auf der Hauptbühne im Großen Saal spielt in diesem Jahr die renommierte City Live Band aus Wiesbaden, die aktuelle internationale Popmusik mit Rock, Blues und Soul, aber auch Standards und Evergreens präsentiert. Auf vielfachen Wunsch wieder mit dabei ist XYJazZ: Die Bigband

der Universität wird auf der Bühne im Parkettfoyer für den richtigen Sound aus Swing und Soul sorgen. Außerdem hält das Programm noch weitere überraschende Showeinlagen bereit.

Die Eintrittskarten kosten im Vorverkauf für Studierende 15 Euro. Auf Wunsch sind gegen eine Gebühr Tischreservierungen im Großen Saal möglich. Karten sind beim Ticket-Service des Göttinger Tageblattes, Judenstraße 13, und am Info-Schalter in der Zentralmensa erhältlich.

SCHÜLER STUDIEREN INFORMATIK UND MATHEMATIK

Das Zentrum für Informatik der Universität hat zu diesem Wintersemester die zweite Generation Schülerstudierende aufgenommen. In der Mathematik ist das Modellprojekt in diesem Semester gestartet. Besonders begabte Schüler können in diesem Projekt bereits während ihrer Schulzeit Vorlesungen und Übungen in der Informatik bzw. Mathematik besuchen. „Wir wollen leistungsstarken Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit bieten, frühzeitig ihren wissenschaftlichen Interes-

sen nachzugehen“, erläutert die Dekanin der Mathematischen Fakultät, Prof. Dr. Ina Kersten. Die erbrachten Leistungen können dabei sowohl in die Schulnote des jeweiligen Fachs als auch in ein späteres Studium eingebracht werden.

ADF-O-PHASEN-PARTYS



Auch zu Beginn des aktuellen Semesters hat die ADF wieder ihre mittlerweile legendären O-Phasen-Partys für die Erstsemester veranstaltet. Am 10. Oktober im Savoy und am 17. Oktober im Alpenmax konnte die ADF insgesamt über 2.000 Besucher aus allen Fakultäten begrüßen. Ermäßigte Getränkepreise und die DJs sorgten für ausgelassene Stimmung bis in die späte Nacht.

IMPRESSUM

Redaktion

André Dorenbusch, Andrea Fiege, Ralf Mayrhofer, Andreas Redeker, Gerhard Riewe, Heiko Schönfeld, Andreas Sorge, Christian Zigenhorn

Chefredakteur / Layout

Andreas Lompe (V.i.S.d.P.)

Auflage

10.000 Exemplare

ADF

Arbeitsgemeinschaft Demokratischer
Fachschaftsmitglieder
c/o FSR Wiwi

Platz der Göttinger Sieben 3
37073 Göttingen

www.adf-goettingen.de
adf@stud.uni-goettingen.de

Anmerkungen der Redaktion: Trotz der hier verwendeten männlichen Formen, wie z.B. 'der Leser', sind die weiblichen Counterparts natürlich ebenso gemeint. Die Redaktion hat auf den Text veranstaltende Konstruktionen, wie 'der/die LeserIn', 'der/die Leser(in)' oder gar 'der Leser / die Leserin', bewusst verzichtet, um die Lesbarkeit zu erhöhen.

NEU! Ab 20 Uhr geöffnet!!!

MONDAY
FUNDRAY



**Bis 12 Uhr
49 Cent
Party**

Crossover vom feinsten
mit DJ Ramon

Montag

Tanzhaus Alpenmax
Weender Landstraße 3-7
37073 Göttingen

Mittwoch



**99
Cent
Party**

**Alle offenen
Getränke die ganze
Nacht für nur
99 cent!**

**Studenten, Zivis und Bundies erhalten
das Bonus-Ticket für nur 2€**

